

NIEDERSCHRIFT

der 31. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 05.09.2022

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Sitzungssaal Rathaus, Markt 1, Weißenfels

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|--------|--|------------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung | |
| TOP 5 | Beitritt Stadt Weißenfels in den Verein Arbeitsgemeinschaft Fahrrad-freundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V. | 138/2022 |
| TOP 6 | Erstellung eines Radverkehrskonzeptes | 140/2022 |
| TOP 7 | Aussetzung der Baumaßnahmen "Am Löbicken Anger" | 142/2022 |
| TOP 8 | Information zum Antrag Erhalt der alten Stadtmauer | 145/2022 |
| TOP 9 | Antrag Fraktion DIE LINKE Parkhaus Klingenplatz | 010(VII)2
022 |
| TOP 10 | Beantwortung von Anfragen | |
| TOP 11 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-------|-----------------------------|----------|
| TOP 1 | Grundstücksangelegenheit | 144/2022 |
| TOP 2 | Informationen über Vergaben | |
| TOP 3 | Beantwortung von Anfragen | |
| TOP 4 | Mitteilungen und Anfragen | |
| TOP 5 | Schließung der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Schlegel eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 10 Stadträte und 3 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragt in Bezug auf die von der Stadt Lützen in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zum Gewerbegebiet an der A9, ob eine solche Studie auch für Weißenfels vorliegt und einsehbar ist.

Herr Bumann führt dazu aus, dass die Bauleitplanung Aufgabe jeder Kommune für sich ist. Das für Weißenfelder Gemarkungen in Frage kommende Gebiet wird vom Burgenlandkreis geplant. Es bestehen intensive Kontakte zwischen den Beteiligten.
Die vorliegende Machbarkeitsstudie betrifft die Gemarkungen Lützen und Zorbau.

Herr Papke teilt mit, dass die Entscheidung der Stadt Lützen mangels Stadtratsbeschluss zum Umgang mit der vorliegenden Machbarkeitsstudie noch aussteht.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 04.07.2022 wird mit einer Enthaltung der Stadträte und einstimmig von den sachkundigen Einwohnern bestätigt.

5. Beitritt Stadt Weißenfels in den Verein Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V.

(Herr Wolter ist anwesend – ab jetzt 11 Stadträte)

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die Überführung der bisherigen Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt in die am 06.07.2022 gegründete Nachfolgeorganisation Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V. zu beschließen. Für die Mitgliedschaft ist jährlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500 € zu zahlen.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 11	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0

6. Erstellung eines Radverkehrskonzeptes

Herr Bumann sieht Bedarf, das bestehende Radverkehrskonzept des Burgenlandkreises aus dem Jahr 2019 für den Weißenfelder Raum zu überarbeiten. Viele Bereiche sind nicht miteinander verbunden. Die Radwege außerhalb der Stadt und in Richtung der Ortschaften sind ganz gut angelegt, aber die Radverkehrsführung durch die Kernstadt ist nicht zufriedenstellend.

Wichtige Grundlage für die Erstellung eines neuen Konzeptes ist die Bedarfsermittlung von Ziel- und Quellverkehr. Es ist auch zu bedenken, dass Konflikte entstehen können, etwa wenn Bäume für Radwege weichen müssen oder Parkplätze. Diese Problematik muss mit allen Beteiligten kontrovers diskutiert werden, um bestmögliche Lösungen zu finden.

Das Konzept bildet die Grundlage für die Beantragung von Fördermitteln.

Nach Meinung von Herrn Bumann ist die Arbeitsgemeinschaft (AG) Rad mit ihrer Erfahrung und den Erkenntnissen vorangegangener Planungsgespräche in die Erarbeitung des Konzeptes einzubeziehen.

Auf die Frage von Frau Schlegel, wer das Konzept erstellt, teilt Herr Bumann mit, dass ein Planungsbüro beauftragt werden soll, welches bis zur Fertigstellung intensiv den Fachbereich III einbezieht.

Herr Klitzschmüller sieht den Lohn für seine jahrelangen Anstrengungen in den gegenwärtigen Bemühungen der Stadt um die Schaffung eines Radwegenetzes in und um Weißenfels und dankt der Verwaltung für das Engagement. Nun sind die Voraussetzungen zu schaffen, um die Planung anzugehen. Die AG Rad sollte öffentlich agieren können.

Ziel ist, das umweltfreundliche Radfahren in der Stadt und den Ortschaften attraktiver zu machen.

Herr Patzschke schließt sich dem Lob an die Verwaltung für das Engagement um den Radverkehr an.

Ihm ist es sehr wichtig, dass die Ortschaften intensiv einbezogen werden in die Diskussion und in die Planung. Es sollte nicht wieder vorkommen, dass der Ortschaftsrat nicht über eine Trassenänderung informiert wird, obwohl vorher eine andere Streckenführung beschlossen war.

Dies betrifft den Radweg zum Hassensee, der nunmehr in Tagewerben einen anderen Verlauf als den vom Ortschaftsrat befürworteten nehmen soll.

Auf die diesbezüglich gestellte Anfrage hat Herr Patzschke bisher keine Antwort erhalten.

Herr Papke formuliert nochmals das gemeinsame Ziel in Bezug auf den Radverkehr. Gemachte Fehler müssen analysiert werden, um diese in Zukunft zu vermeiden.

Frau Schlegel beendet die Diskussion mit dem Hinweis, dass darauf zu achten ist, ob die für das Planungsbüro veranschlagten 35.000 Euro auch tatsächlich in den Haushalt 2023 eingestellt werden.

7. Aussetzung der Baumaßnahmen "Am Löbicken Anger"

Herr Bumann fasst den Sachstandsbericht zusammen und beschreibt die Kostensteigerungen, die zur Entscheidung geführt haben, die Umsetzung der Baumaßnahme vorerst auszusetzen.

Anhand der Zeitschiene mit Ausschreibungsverfahren und möglichem Baubeginn zeigt Herr Bumann die nächste Problematik zum Fortführen der Baumaßnahme auf, die dann zeitlich in die Maßnahme Abriss der großen Saalebrücke fallen und die geplante Umleitungsstrecke beeinträchtigen würde.

Frau Schlegel möchte im Hinblick auf die im Jahr 2026 geplante Fertigstellung der Saalebrücke wissen, wie lange die Baumaßnahme Am Löbicken Anger ausgesetzt werden könnte.

Herr Bumann teilt mit, dass die Planfeststellung bestehen bleibt, da zu Beginn der Maßnahme die Zauneidechsen umgesetzt wurden. Damit gilt die Maßnahme als begonnen und kann nun über einen mehrjährigen Zeitraum ausgesetzt werden. Dies wäre vor Beginn der Maßnahme so nicht möglich gewesen. Die bisher geleisteten Zuschüsse in Höhe von 13.000 Euro müssten zurückgezahlt werden, wenn die Maßnahme ganz abgebrochen werden würde.

Herr Klitzschmüller beschreibt die Entstehung der Maßnahme über mehrere Jahre und Rechtsstreite. Die Maßnahme sollte die Bürger vor Lärm schützen.

Der nunmehr beschriebenen Aussetzung der Maßnahme kann er aufgrund der Erläuterungen und bekannten Preissteigerungen zustimmen, bittet aber um regelmäßige Kontrollen zum aktuellen Stand und zur möglichen Fortführung.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels zu beschließen,

- 1) die Umsetzung der Baumaßnahme der Straße „Am Löbicken Anger“ für eine direkte Anbindung der Burgwerbener Straße an die B 91 vorerst auszusetzen und die Leistungen nicht auszuschreiben
- 2) **die Verwaltung soll damit beauftragt werden, mit dem Ablauf von 2 Jahren im 2. Halbjahr 2024 die Möglichkeit der Umsetzung der Baumaßnahme zu prüfen und dem Stadtrat vorzutragen.**

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 11	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0

8. Information zum Antrag Erhalt der alten Stadtmauer

Frau Schlegel sieht in den vorliegenden Unterlagen zum Antrag das Bekenntnis der Verwaltung zum Erhalt des in Rede stehenden Teils der Stadtmauer und möchte nun wissen, ob zumindest das Entfernen der unschönen Plane zeitnah möglich ist.

Herr Bumann berichtet über die Absprache mit Fachbereich IV, der das Freilegen der Mauerreste durch Verschneiden der anliegenden Bepflanzung übernehmen wird.

Die Mauer wird sichtbar gemacht und kann so auf ihre Standhaftigkeit überprüft werden.

Ab dem Jahr 2028 sind die Mauer in der Schlossgasse und die angrenzende Schlossmauer zur Ertüchtigung vorgesehen, in diesem Bereich wird sich dann das derzeit mit Folie abgedeckte Stück befinden.

Herr Klitzschmüller spricht sich auch für das Freilegen der Mauerteile und das Entfernen der Folie aus. Dabei sieht er auch die Schwierigkeit darin, dass es sich nicht um eine zusammenhängende stabile Mauer handelt, sondern nur um ein Teilstück, dessen Größe und Standhaftigkeit noch nicht einzuschätzen ist.

9. Antrag Fraktion DIE LINKE Parkhaus Klingenplatz

Herr Klitzschmüller übt leichte Kritik an der Verwaltung, da in der Stellungnahme zum Antrag Parkhaus Klingenplatz nicht explizit auf diesen Standort eingegangen wird.

Er hat aus den bisherigen Ausführungen jedoch vernommen, dass seitens der Stadt die Park-, Verkehrs- und Radverkehrssituation einer umfassenden Prüfung unterzogen wird.

Er schlägt vor, das Parkhaus nicht abzulehnen, sondern in die Prüfungen einzubeziehen, insbesondere auch im Hinblick auf die vorgeschlagenen wichtigen barrierefreien Zugänge.

Herr Bumann bestätigt, dass seitens der Verwaltung keine generelle Ablehnung eines Parkhauses vorliegt. Er berichtet über die geplante Zählung der Verkehrsauslastung und der Verweildauer auf Parkplätzen. Dies ist erst nach Beendigung der Baumaßnahme Leipziger Straße vorgesehen, um den Parkplatz Töpferdamm sowie die Einfahrt aus dieser Richtung in die Stadt mit einbeziehen zu können.

Herr Papke sieht einen wichtigen Aspekt für die Prüfung eines Parkhauses darin, ob es im Kontext mit der baulichen Innenstadtentwicklung steht. Es ist auch in Betracht zu ziehen, geeignete Bestandsflächen zu nutzen, um darauf ein Parkhaus zu errichten.

Frau Schlegel möchte von Herrn Klitzschmüller wissen, ob über den Antrag oder eine neu zu formulierende Alternative abgestimmt werden soll. Dies könnte unter Bezugnahme der eben genannten Argumente gegen den vorgeschlagenen Standort dazu führen, dass der Antrag zum Parkhaus am Klingenplatz abgelehnt werden könnte.

Herr Klitzschmüller richtet seine Bitte an die Verwaltung, die im Antrag geschilderten Vorteile zur Errichtung eines Parkhauses in die Innenstadtplanung einzubeziehen. Er lehnt damit den Vorschlag von Herrn Wolter ab, den Antrag zurückzuziehen und zu gegebener Zeit neu zu formulieren und an die Verwaltung zu stellen.

Herr Bumann informiert über eine mögliche Zeitschiene zur weiteren Vorgehensweise. Er schlägt vor, im Sommer 2023 nach Wiedereröffnung Parkplatz Töpferdamm die Verkehrszählung sowie die Analyse der Verweildauer durchzuführen und die Auswertung im Stadtentwicklungsausschuss im III. Quartal 2023 vorzunehmen. Im Ergebnis dessen könnte erneut über den Antrag beraten werden.

Damit erklärt sich Herr Klitzschmüller einverstanden. Der Antrag wird zurückgestellt.

10. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- AF 174/2022 – Straßenquerung am Friedhof Weißenfels
- AF 175/2022 – Verkehrsspiegel Kreuzung Burgstraße/Klosterstraße Weißenfels

Herr Hofmeister bedankt sich für die Beantwortung, sieht aber die Antwort in Bezug auf die Straßenquerung am Friedhof als nicht zufriedenstellend an.

Der angekündigte Aufbau des Verkehrsspiegels zieht sich nach Ansicht von Herrn Hofmeister zu lange hin.

Herr Bumann sichert den Aufbau des Verkehrsspiegels zu.

Herr Klitzschmüller bezieht sich auf die Beantwortung zur Straßenquerung am Friedhof. Es ist ihm unverständlich, warum die Sicherheit der Fußgänger durch die Schaffung der 30er Geschwindigkeitsbegrenzung als ausreichend angesehen wird. Die Geschwindigkeit wird häufig überschritten, was unter anderem auch eine Folge mangelnder Kontrollen ist.

Nach seiner Meinung sollten weitere Maßnahmen geprüft werden, die sich dazu eignen, den vorwiegend älteren Bürgern eine gefahrlose Straßenquerung zu ermöglichen.

11. Mitteilungen und Anfragen

Herr Hofmeister beklagt die zeitintensiven Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet. Ohne Frage sind diese im Rahmen von Kanalbauarbeiten oder in Schadenfällen notwendig, aber die tage- oder wochenlange Dauer von Umleitungen sowie Einschränkungen ist nicht akzeptabel.

Herr Papke schildert seine Erfahrungen auf der Baustelle Rathaus. Es sind tatsächlich zu wenige Fachkräfte vor Ort, um Aufträge innerhalb kurzer Zeit auszuführen. Das ist auch das Problem bei Straßenbaumaßnahmen, auf die seitens der Bauherren bzw. der Stadt kein Einfluss genommen werden kann.

Herr Bumann führt aus, dass die Verwaltung bei der Ausschreibung von Maßnahmen an die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gebunden ist. Es ist eine Preisfrage, ob die Firmen auch Nachtbaustellen einrichten, um den Auftrag schnellstmöglich ausführen zu können.

Dem Vorschlag von Herrn Hofmeister, in die Ausschreibung schon eine Zeitvorgabe für die Fertigstellung der Baumaßnahme aufzunehmen, können die Ausschussmitglieder nicht folgen. Nach der meist geäußerten Meinung wird es keinen Bieter geben, der sich angesichts der überall angespannten Personalsituation darauf festlegen wird.

Herr Klitzschmüller greift erneut das Thema Fahrradbügel in der Innenstadt auf. Die bisher vorhandenen sind teilweise veraltet und/oder nicht für E-Bikes geeignet oder zu weit von Einkaufsmöglichkeiten entfernt.

Nach Auskunft von Herrn Bumann sind diese Defizite bereits bekannt. Die Möglichkeiten des Aufstellens weiterer Fahrradbügel sind zu prüfen und sollen in das Radverkehrskonzept aufgenommen werden. Die Innenstadthändler sind die Diskussionen einzubeziehen.

Herr Papke teilt mit, dass die Stelle der Wirtschaftsförderung ab 01.10.22 neu besetzt werden wird. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme werden auch die Aufstellorte von Fahrradbügeln und Fahrradboxen in die Pläne der Innenstadtentwicklung aufgenommen. Wichtig ist Herrn Papke hier die Festlegung auf bestimmte Formen und Größen, so dass sich insgesamt ein einheitliches Bild ergibt.

Herr Klitzschmüller sieht einen großen Gesprächsbedarf mit Herrn Bumann und lädt ihn zur nächsten Sitzung der Fraktion DIE LINKE am 20.09.22 um 18.00 Uhr in die Geschäftsstelle am Töpferdamm 6 ein.

Beate Schlegel
Stellvertretende Vorsitzende

Heike Bechmann
Protokollführerin